

Bund Naturschutz Ortsgruppe Creußen
Marianne Abel
Am Alten Rathaus 3
95473 Creußen



Netzentwicklungsplan Strom
Postfach 10 05 72
10565 Berlin

Stellungnahme zum „Netzentwicklungsplan Strom 2014 - Erster Entwurf“ vom 16.04.2014

Der zur öffentlichen Stellungnahme vorliegende Netzausbauplan und die durch ihn vorgegebene Struktur der künftigen Stromversorgung werden den Vorstellungen und Hoffnungen weiter Bevölkerungskreise auf eine nachhaltige, zukunftsfähige und vorausschauende Energiewende in Deutschland nicht gerecht.

Der vorliegende Netzentwicklungsplan fördert und festigt die Großstruktur, sowohl bei der Erzeugung als auch bei der Stromverteilung.

Die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger liegen bei der Strom- und Energieversorgung aber eindeutig beim Aufbau und der Stärkung **dezentraler** Erzeugung und Verteilung von regenerativen Energien.

Dezentral und regional:

Gerade auch unter dem Gesichtspunkt der Umweltverträglichkeit und des Umweltschutzes muss die Regionalität der Energieerzeugung den Vorrang bekommen.

Gründe hierfür sind:

- Die **dezentrale** Energieerzeugung stellt Strom zuerst dort bereit, wo er gebraucht wird.
 - Sie schafft im ganzen Land viele tausend Arbeitsplätze, gerade im ländlichen Raum.
 - Die Wertschöpfung bliebe bei den Menschen der Region.

- Dafür bedarf es eines Ausbaus der Leitungsnetze **von unten nach oben** und nicht umgekehrt, sowie regionaler Austauschmöglichkeiten der Erzeugungskapazitäten und Stromverbrauche.
Hier liegen die vordringlichen Aufgaben der Netzentwicklung und ein riesiges Einsparpotential bei unnötigen Transitleitungen, die Menschen gesundheitlichen Belastungen aussetzen, Lebensräume für Tiere und Pflanzen zerstören und das Landschaftsbild massiv beeinträchtigen.
- Der vorliegende Netzausbau ignoriert die massiven Bemühungen verschiedener Bundesländer, die mit ihren eigenen Ausbauprogrammen in wenigen Jahren eine autarke, umweltangepasste Versorgung anstreben.

Strompreisentwicklung

- Der geplante Netzausbau wird insgesamt den **Strompreis stark ansteigen** lassen, weil die Entwicklung der Erneuerbaren Energien, die heute schon verstärkt zu konkurrenzfähigen Preisen liefern, zugunsten des Neu- und Zubaus von Kohlekraftwerken und zugunsten der unwirtschaftlichen Off-shore-Anlagen zurückgedrängt wird.
- Zur Problematik der **Off-shore-Anlagen**:
 - Die riesigen Windparks im Meer haben nicht nur jede Menge ungelöste technische Probleme und Umweltproblematiken, sie sind auch völlig unwirtschaftlich im Vergleich zu Landwindanlagen (On-shore).
 - Durch eine wesentlich höhere Einspeisevergütung sollen sie künstlich konkurrenzfähig gemacht werden. Das zahlt über den (steigenden) Strompreis der Verbraucher.
 - Beim unwirtschaftlichen Ausbau der Off-shore-Anlagen wird das Betreiberrisiko aufgrund der Kostenunsicherheit voll an die Stromkunden weitergegeben.
(Sozialisierung des unternehmerischen Risikos)
 - Landwindanlagen sind mittlerweile eine erprobte und wirtschaftlich konkurrenzfähige Erzeugungsart, deren Potential v. a. im südlichen Deutschland gerade erst erkannt und ausgebaut wird.

Beispiel 1: Bei Nutzung von 2% der Fläche Bayerns ergeben sich 41 GW installierbare Leistung.

Beispiel 2: Eine vom BWE in Auftrag gegebene Studie des Fraunhofer Instituts für Windenergie und Energiesystemtechnik belegt, dass sich **bundesweit** auf lediglich zwei Prozent der Fläche bis zu 65 Prozent des nationalen Strombedarfs erzeugen lässt (On-shore).

Damit allein entfallen die Notwendigkeit eines Stromübertragungsnetzes von 2400 km, massive Umweltbeeinträchtigungen und Investitionen von mehreren Milliarden €. Hier würde es nur der Verstärkung der regionalen 110kV- und 380kV-Netze bedürfen, mit weit weniger gravierenden Eingriffen in die Umwelt.

Zunahme der CO2-Belastung

- Der geplante **Neubau weiterer Kohlekraftwerke** führt dazu, dass im Netzentwicklungsplan Stromüberkapazitäten entstehen und v. a., dass die klimapolitischen Ziele der Bundesregierung nicht eingehalten werden.

Ausbau der Kohlekraft lt. Netzentwicklungsplan:

50HzT-016: ...Neubau Kraftwerk Calbe

50HzT-019: ...durch die geplanten konventionellen Neubau-Kraftwerke

AMP-003:.....Inbetriebnahme neuer Kraftwerke im nördlichen Rheinland

AMP-013:.....Marktintegration neuer konventioneller Kraftwerksprojekte

AMP-014:.....neue Kraftwerksblöcke

AMP-016: . 2 Steinkohleblöcke à 750 MW

AMP-017:.....Anschluss neuer Kraftwerke

AMP-019:.....Errichtung von 2 Steinkohlekraftwerksblöcken à 800 MW

AMP-022:.....zusätzliche Kraftwerkseinspeisungen im ostwestfälischen Raum

AMP-026: Erweiterung/Bau von Kraftwerk Statkraft

AMP-028:.....Kohlekraftwerk Herne (Block 5)

AMP-029:.....Kraftwerksausbau Krefeld-Uerdingen

TTG-008:.....Neubau Kraftwerk Stadt-Dollern, 1055 MW

- Die Überkapazitäten werden im Netzentwicklungsplan explizit für den Stromexport ausgewiesen und mit dem Transit großer Strommengen auf europäischer Ebene erklärt. Ein innereuropäischer und auf die Engpassversorgung ausgelegter Stromtransfer ist sicher sinnvoll. In diesem Szenario aber wird Deutschland zum **europäischen Stromexportmeister**. Damit verbaut Deutschland in Europa die

Chance, dass andere (angrenzende) Staaten sich verstärkt um ihr eigenes (umweltfreundlicheres) Energiekonzept kümmern müssen.

Der Netzausbauplan entfernt sich hier weit von den gesetzlichen Vorgaben, die Ausbauplanung nach den energiepolitischen Zielen der Bundesregierung auszurichten. V. a. wird das Ziel der Bundesregierung verfehlt, den Ausstoß von Treibhausgas bis 2020 um 40 Prozent zu reduzieren. Dadurch kommt es zu einem wesentlichen Anstieg des Ausstoßes an klimaschädlichen Emissionen.

Besondere Umweltaspekte

- Dem Netzentwicklungsplan fehlt auch jegliche Berücksichtigung des Strommengenbedarfs aufgrund von Energieeinsparung, Energieeffizienz und Energiemanagement. Diese fundamental wichtigen Pfeiler gehören zu einer nachhaltigen Umwelt- und Energiepolitik.
- Unberücksichtigt geblieben sind auch die Entwicklungen und Potentiale der Stromspeicherung und der Kraft-Wärme-Kopplung. Gerade auf diesem Gebiet ergeben sich Energieeinsparungen, die zu einer Entlastung der Umwelt von Treibhausgasen führen.
- In den Trassenkorridoren für neue Leitungen liegen wertvolle Natura-2000-Gebiete, deren Bedeutung als Lebens- und Rückzugsraum vielfach stark gemindert wird. Ein Ausgleich oder Ersatz wird kaum möglich sein.
- Durch die neu zu bauenden Stromtrassen, insbesondere im Hochspannungsbereich, wird die Belastung der Bevölkerung durch elektromagnetische Felder ansteigen. Deren krankmachende Wirkung kann aufgrund der internationalen Forschungs- und Datenlage nicht mehr ernsthaft angezweifelt werden. Deshalb ist dem **Vorsorgeprinzip oberste Priorität** einzuräumen, eine Verkabelung von Stromtrassen muss Vorrang haben. Der Ausbau muss insgesamt auf das unbedingt notwendige beschränkt bleiben und darf nicht auf ein überdimensioniertes Stromnetz hinauslaufen. Vielmehr ist der Ausbaubedarf sukzessive an die tatsächlichen Erfordernisse und an die sich wandelnde Erzeugungslandschaft anzupassen.

Generalkritik:

Da an diesem Netzausbauplan die Übertragungsnetzbetreiber mitgearbeitet haben, sind die entworfenen Szenarien höchst kritisch auf deren **eigene wirtschaftliche**

Interessen zu überprüfen. Die Behauptung der ÜNB, keine Informationen über das ob, wie und wo von Stromkraftwerken zu haben, lässt an der Qualität des entworfenen Planes – sollte dies stimmen – sehr zweifeln.

Auffallend ist, dass sich der dargestellte Netzausbau, egal unter welchem Szenario er betrachtet wird, doch sehr ähnelt.

Im Übrigen widerspricht der Ausbauplan eklatant den Szenarien, Annahmen und Schlussfolgerungen, die seitens des Bundesministeriums für Umwelt und des Umweltbundesamtes zur Energiewende beschrieben sind.

Den engagierten und besorgten Bürgern bleibt die Hoffnung, dass Netzbetreiber und Bundesnetzagentur der Energiewende mit der eindeutigen Priorität für die erneuerbaren Energieträger und einem Höchstmaß an Umweltschutz den Vorzug geben und der Bundesregierung einen Entwurf für einen Bundesbedarfsplan vorlegt, der zukunftsweisend, nachhaltig und innovativ genug ist, um der Führungsrolle Deutschlands beim Abschied aus dem atomaren und fossilen Zeitalter gerecht zu werden.

Mit freundlichen Grüßen

Mit einer Veröffentlichung bin ich einverstanden.

Creußen, 23.05.14



Marianne Abel